

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freiübend. Ortsbezug monatlich. Postbezug monatlich, 20 Mark. Sonnabends 30 Mark. Nachforderung vorbehalten. Erstdruck monatlich nachmittags. Einzelnummer 1 Mark. Sonnabends 30 Mark. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4; Postfachkonto 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle des Abbruchs (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Rückzahlung.



Anzeigenpreis Der Saep. Millim. Spatium 40 Mk. und der Saep. Millim. Reklameraum 180 Mk. Anzeigen bis 500 000 000 Mk. Die laufende Belegausfertigung wird dem Beleger auf kleine Anzeigen 10 Mk. Porto und Belegnummer werden besonders verrechnet. Zehnseitige Anzeigen 800 000 000 Mk. Porto und Belegnummer werden besonders verrechnet. Zehnseitige Anzeigen 10 Mk. Porto und Belegnummer werden besonders verrechnet. Zehnseitige Anzeigen 10 Mk. Porto und Belegnummer werden besonders verrechnet. Zehnseitige Anzeigen 10 Mk. Porto und Belegnummer werden besonders verrechnet.

Nr. 270

Freitag, den 16. November 1923

163. Jahrgang

Die Krise wird akut.

Rücktritt des Kabinetts? — Reichstagsauflösung?

Während die Sozialdemokratie ihre Minister zum Rücktritt aus der Regierung veranlaßt hat, zeigt sie alle Symptome einer tieferen und gefährlicheren Verärgerung, die sie eine recht bedauernde Kritik treiben läßt. Alles deutet darauf hin, daß schon

in der nächsten Woche eine überaus scharfe Scheidung an das Rampenlicht kommen wird. Man erwartet allgemein in parlamentarischen Kreisen, daß am Dienstag sowohl von dem sozialdemokratischen Parteivorstand als auch von dem Reichstagspräsidenten eine Erklärung abgegeben wird, wenn nicht der Rücktritt der Sozialdemokratischen Minister.

Die sozialdemokratischen Forderungen im vollen Umfang eingehend. Wir haben die Forderungen vorgelesen in bereits kurz skizziert. Sie lauten in genauerer Form

1. auf Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung für die besetzten Gebiete.
2. auf Entlassung der Nationalsozialisten in Bayern.
3. auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern.
4. auf gerichtliche Verurteilung aller Teilnehmer am Münchener Aufstand, einschließlich Ludendorff.

Zu den Forderungen wirtschaftlicher Natur und Forderungen über die Gestaltung der Dinge in Sachsen und Thüringen.

Das sind Forderungen, die ein Kanzler angeht der gegenwärtigen Lage des Deutschen Reiches unmöglich erfüllen kann, erfüllen darf. Sie entsprechen auch nicht dem bisherigen Programm des Reichstagspräsidenten Stresemann. Angesichts dieser Entwicklung ist in den letzten Tagen in parlamentarischen Kreisen die Frage schon sehr ernsthaft erörtert, was nach einem

Sturz des Kabinetts Stresemann geschehen soll.

Da der Sozialdemokraten besteht eine schwache Hoffnung, aus dem Sturz des jetzigen Kabinetts ein neues Kabinett aus dem Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten entwickeln zu können. Diese Hoffnung wird aber wohl am

Widerstand des Zentrums und daran scheitern, daß der Reichspräsident unmöglich durch ein derartiges linksgerichteteres Kabinett den

Widerstand des Reiches bei der allgemein nach rechts gehenden Stimmung vorbereiten kann.

Ein neues Moment tritt hinzu! Von verschiedenen Seiten wird die Nachricht verbreitet, daß nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung

der Reichspräsident für eine Reichstagsauflösung nicht mehr zu haben sei. Eine Entscheidung ist darüber noch nicht gefallen. Man weiß aber andererseits noch nicht, wie sich jetzt die Auffassung des Reichstagspräsidenten entwickelt hat. Daß ein dauerndes Zusammenarbeiten zwischen diesem Kabinett und diesem Parlament nicht möglich ist, entzieht sich nicht der Kenntnis selbst des zuständigen Politikers.

Die Vertreter der Rentenbank beim Reichskanzler.

Berlin, 16. November. Der Reichskanzler empfing gestern den Vorstand und Verwaltungsrat der deutschen Rentenbank.

Aus den Kreisen des Verwaltungsrates wurde auf die Notwendigkeit einer auswärtigen Politik hingewiesen, die der Staat herabgeminderten deutschen Wirtschaftskraft entspreche. Ferner wurde die Notwendigkeit der Ausbalanzierung des Reichshaushaltes betont. Wichtig sei ferner Abbau des Beamtenüberschusses, Vereinfachung der Länder- und Gemeinden unter Aufsicht des Reiches aber unter deren eigener Verantwortung, ferner Lösung der Reichsbeiträge aus dem allgemeinen Etat. Die deutsche Produktion müsse wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. Hierzu seien die notwendigen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen zu treffen.

Der Kanzler stimmte dem wesentlichen Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates zu und betonte, die Reichsregierung werde sich innerhalb der durch die Verordnung geschaffenen Grenzen für die Bemessung der verfügbaren Kredite halten. Bereits in den nächsten Tagen würden Maßnahmen verhängt werden, die einen Teil der Wünsche der Erfüllung näherbrächten.

Dollar und Rentenmark.

Berlin, 15. November. Wie verschiedene Blätter melden, hat die Reichsregierung einen Ausschuss für die Festsetzung der Relation zwischen dem Einheitskurs für den Dollar und der Rentenmark, und zwar im Verhältnis 1:3, und indirekt zwischen der Rentenmark und der Papier-

Somit erwachsen nur die zwei Möglichkeiten:

Entweder Auflösung des Reichstages und beschleunigte Neuwahlen oder Rücktritt der Regierung.

Wie sich dann aber ein neues Kabinett zusammenlegen soll, darüber herrscht ein beiderseitiges Meinungsverschiedenheit, daß von der Festlegung irgendeiner bestimmten Richtung überhaupt nicht gesprochen werden kann. Eine Vorregierung ist außen- und innenpolitisch für uns untragbar geworden. Jede andere Regierung würde mit diesem Parlament ebenso wenig rechnen können wie das jetzige Kabinett. Also auch sie müßte sich auf diktatorische Maßnahmen fügen, falls nicht ein neuer Reichstag gewählt wird.

Auf dem Wege zum Regierungsdirektorium.

Es wird wahrscheinlich zunächst der formale Versuch der Bildung eines bürgerlichen Kabinetts gemacht werden. Sollte dieser Versuch scheitern, so wird, nach allgemeiner Annahme in parlamentarischen Kreisen, der Reichspräsident nicht etwa den Reichstag auflösen, zumal auch wahrscheinlich der jetzige Reichskanzler nicht wieder die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages erhalten wird. Vielmehr wird der Reichspräsident unter Verbeugung des Reichstages — aber bei praktischer Ausübung seiner Befugnisse — auf Grund des Artikels 48 die Regierungsgewalt in die Hände eines

Direktoriums legen, das dann zunächst auf Grund des Artikels 48 die Regelung der wirtschaftlichen Fragen vornehmen würde, während die Aufgabe, für die innere Ordnung zu sorgen, gemäß dem augenblicklich sehr beschränkten Zustand, in den Händen des Generals von Seeck liegen würde.

In demokratischen und Zentrumskreisen wird zwar diese Entwicklung vorläufig für noch nicht möglich gehalten und ernsthaft mit dem Gedanken der Auflösung des Reichstages gearbeitet. Es ist nicht auszuschließen, daß das Kabinett Stresemann schon vor der Benennung am Dienstag dadurch auseinanderfällt, daß die demokratische Reichstagsfraktion nämlich die Zurückziehung ihrer Minister aus dem Kabinett beschließt.

In der demokratischen Reichstagsfraktion, die am heutigen Donnerstag eine Beratung abhält, herrscht

starke Erregung über die Ernennung des Oberbürgermeisters Jarres zum Innenminister. weil Jarres den Plan einer Wirtschaftsunterstützung für die besetzten Gebiete besonders begünstigt und die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit ähnlich wie die Sozialdemokraten die Fortsetzung der Unterstützungen für das Ruhrgebiet fordern.

Der Auswärtigenausschuss auf Montag verlagert.

Berlin, 16. November. Die für Sonnabend anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist auf Montag vorzeitig verschoben worden.

Der Ausschuss trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Die Vertagung der für Sonnabend anberaumten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses auf Montag wird von dem Blatte darauf zurückgeführt, daß für Sonnabend Beratungen des Finanzverauschusses und eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vorgelesen sind.

mark heranzustellen. Während in Danzfragen gefunden. Eine Abordnung der Stempelverwaltung, die der Berliner Großbanken angeschlossen sind, hat sich zu Dr. Schacht begeben, um einen Vorschlag in der Festsetzung des Einheitskurses zu erwirken. Die Banken dürften mit ihrem Vorgehen nicht durchdringen. Die sachlichen Bedenken, die die Banken geltend machen, daß nämlich der amtliche Einheitskurs kein richtiges Bild von der Bewertung der Papiermark gibt und die Bindung der Rentenmark an diesen Kurs die Rentenmark herabsetzen würde, seien durch die heutige Herauslösung des amtlichen Dollarkurses auf 2,5 Millionen entkräftet worden. (2.)

Der Wert der Rentenmark.

Berlin, 16. November. Die jetzt zur Ausgabe kommende Rentenmark wird von den öffentlichen Stellen zur Bezahlung von Goldmarkforderungen (Einfachbanknoten, Landtagsabgabe usw.) als Goldmark für die in Papiermark berechneten Beträge zu dem amtlichen Befugniswert umgerechnet für Reichssteuern, zur Zeit 600 Milliarden Mark, angenommen.

100 Millionen Rentenmark für Arbeitslose.

Berlin, 16. November. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von dem Gesamtkredit, der dem Reich in die Höhe von 900 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurde, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichslosenunterstützungen bereitzustellen.

Das Ende der Mark.

Zur Zeit haben wir in Deutschland nicht weniger als fünf verschiedene Währungsformen: das noch immer gefälschte Zahlungsmittel der Mark, die trotz aller Verbote immer mehr in Umlauf kommende Zahlung in Devisen, die Goldanleihe, die Dollarschuldenanweisungen und schließlich noch die oben zur Ausgabe gelangende Rentenmark. Die Verschönerung der Geldbeschaffung ist und bleibt ziemlich einfach. Wenn die unzulässigen Zahlungsmittel für den Bedarf nicht mehr genügen, drückt man eine neue Sorte — wenn möglich wertlos — unter Erfindung eines schönen Namens. In diese Methode hat man sich allmählich zwar gewöhnt. Ihre Anwendung gerade in der letzten Zeit hat aber die besonders schlimme Folge erzeugt, daß es durch sie unmöglich gemacht wurde, die verschiedenen Arten der Währung in ein festes Verhältnis zu einander zu bringen. Der Mißrat zu einem solchen Verhältnisse wurde zwar trotz aller Verbote von Sachverständigen unternommen in Gestalt einer dritten Währungsaktion. Er mußte aber trotz des Verbotes des Freiverkaufs von Devisen und Dollarschuldenanweisungen mißlingen, weil wegen der berühmten „technischen Schwierigkeiten“ (in Wirklichkeit Unfähigkeit der Währungsaktion) nicht schnell genug Zahlungsmittel (s. B. Goldanleihe) in den Verkehr gebracht wurden, obwohl die Reueinführung wiederholt mit aller Bestimmtheit angekündigt war. Die auf diese Weise notwendig gemordete Fortführung der Währungsaktion mußte den Markfühlungsorganen schmerzen. Zugunsten nach die geradezu ungläubige Bestimmung der Reichsbank, nach der die Goldanleihe nicht bei Erteilung des Kaufauftrages gekauft zu werden braucht, sondern erst am Tag der Lieferung. Die „Spekulation“, zu der in diesem Falle auch die führenden Großbanken gehörten, zeigte sich an dieser fehlerhaften Bestimmung riesige Gewinne auf Kosten der Wirtschaft, da sie den Kurs der Goldanleihe weit über den der Devisen trieb, um die Differenz zwischen dem Kurs am Tage des Kaufs und dem am Tage der Zahlung gültigen möglichst groß zu gestalten und so den von ihr zu zahlenden Kaufpreis möglichst zu verringern. Auch daran bedachte die Spekulation noch, daß sie mit dem Gelde, das Private bei den Banken zum Zweck des Kaufs von Goldanleihe einzahlten, Spekulationsgeschäfte in Effekten usw. machte und dadurch direkt und indirekt die Devisenkurse auf eine Höhe trieb, die ein Mehrfaches der amtlichen Devisenkurse bald überschritt. Gering gerechnet hat die „Spekulation“ an diesem „Geschäft“ einen Betrag von 3—400 Millionen Goldmark art glatt verdient; leider hat man nichts davon gehört, daß die Regierung diese Beträge „erlassen“ will. Besonders bemerkenswert ist diesem Treiben ist der Umstand, daß es gerade von den Kreisen ausging, die in Angriffen auf die Wirtschaft, die angeblich „Markfabrikation“ betrieb, sich nicht genug tun können!

Auf diese Weise kam es, daß der innere Wert der Papiermark innerhalb weniger Tage auf einen geringfügigen Bruchteil gesunken ist und daß auch die sogenannten wertlosen Zahlungsmittel schon vor ihrer eigentlichen Einführung in den Verkehr der Gefahr einer Unterbewertung zum Opfer zu fallen drohen, ein Umstand, der alle Pläne auf dauernde Währungsreformierung von vornherein undurchführbar machen würde. Die nächste Folge dieser Währungsnotlage ist nunmehr der völlige Zusammenbruch des für sich stabilisierten Preis- und Lohnniveaus. Wir erleben schon in diesen Tagen ein Herausfallen aller Preise in einem bisher ungeahnten Ausmaß. Darin wird die Kaufkraft der großen Massen eine völlige Fälschung erfahren, da die Sachbeschaffung auch bei dem weitverzögerten Entgegenkommen der Reichsregierung nicht mitmachen können. Daraus ergibt sich Vermehrung der Arbeitslosigkeit und eine weitere Einschränkung in der Lebenshaltung, die unbedingt zu den scharfsten politischen und sozialen Erschütterungen führen muß. Diese werden sich natürlich in erster Linie gegen die Regierung richten, die dieses Währungschaos verschuldet, teilweise sogar erst geschaffen hat. Die deutsche Wirtschaft droht in diesen Tagen unter dem Währungsseil zusammenzubrechen.

Verbot des neuen Geldes im Einbruchgebiet.

Düsseldorf, 15. November. Die Befugnisbehörde veröffentlicht eine „wichtige Bekanntmachung“, in der darauf hingewiesen wird, daß auf Grund der durch den Oberkommandierenden erlassenen Verfügungen in besetzten Gebieten die Einführung, Ausgabe oder die Inverkehrführung eines neuen Zahlungsmittels, einschließlich der neu vom Reich eingeführte Währung, verboten ist ohne formelle Genehmigung der Befugnisbehörde. Die entgegen dieser Bestimmung in den Verkehr gebrachten Geldsorten und Zahlungsmittel werden, in weiten Hand feil sich ausfinden, ohne Vergütung beschlagnahmt werden.

Die Devisenpekulationsverordnung auf Rentenmark und Goldanleihe ausgedehnt.

Berlin, 16. Nov. Die Reichsregierung erließ eine Verordnung, durch die die Devisenpekulationsverordnung sowie die Spekulationsverordnung und das Wertverbot auf Rentenmark, Goldanleihe und wertloses Zahlungsmittel ausgedehnt werden. Danach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen die genannten inländischen Zahlungs-

